Stadt Leverkusen Vorlage Nr. 2025/3235

Der Oberbürgermeister

II/20-200-01-kr
Dezernat/Fachbereich/AZ

26.05.2025
Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Rechnungsprüfungsausschuss zu Punkt 1	12.06.2025	Entscheidung	öffentlich
Kinder- und Jugendhilfeausschuss zu Punkt 2	12.06.2025	Entscheidung	öffentlich
Ausschuss für Bürgereingaben und Umwelt zu Punkt 3	12.06.2025	Entscheidung	öffentlich
Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Bauen zu Punkt 4	16.06.2025	Entscheidung	öffentlich
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren zu Punkt 5	16.06.2025	Entscheidung	öffentlich
Bildungsausschuss zu Punkt 6	16.06.2025	Entscheidung	öffentlich
Kulturausschuss zu Punkt 7	17.06.2025	Entscheidung	öffentlich
Haupt- und Personalausschuss zu Punkt 8	18.06.2025	Entscheidung	öffentlich
Finanz- und Digitalisierungsausschuss zu Punkt 9	23.06.2025	Entscheidung	öffentlich
Finanz- und Digitalisierungsausschuss zu Punkt 10	23.06.2025	Entscheidung	öffentlich
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I zu Punkt 11	23.06.2025	Entscheidung	öffentlich
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II zu Punkt 12	24.06.2025	Entscheidung	öffentlich
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III zu Punkt 13	26.06.2025	Entscheidung	öffentlich
Rat der Stadt Leverkusen zu Punkt 14	07.07.2025	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Erlass der Haushaltssatzung 2025 (inklusive des Haushaltsicherungskonzepts 2025 bis 2035) und der mittelfristigen Finanzplanung 2026 bis 2028

Hinweis des Fachbereiches Oberbürgermeister, Rat und Bezirke:

Zur Kenntnis gegeben werden die Fragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.05.2025 zum Haushalt 2025 mit Stellungnahme der Verwaltung vom 26.05.2025

Fragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.05.2025 zum Haushalt 2025

Die nachfolgenden Fragen wurden von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingereicht und durch die Verwaltung nachträglich fortlaufend nummeriert. Die Antworten der Verwaltung sind zudem zur besseren Lesbarkeit unmittelbar nach den jeweiligen Fragestellungen aufgeführt.

1. Zum Beschluss des Rates, 15 Prozent der Ausgaben zu kürzen im Laufe von 5 Jahren: Bezieht sich das auf Auszahlungen oder auf Aufwände? Ist das also "brutto oder netto"?

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Kürzungen erfolgen auf Basis der Mittelanmeldungen, also des Budgets. Im konsumtiven Bereich auf Basis der Aufwandsbudgets, da die Kürzung dem Haushaltsausgleich dienen soll. Natürlich erfolgt auch die entsprechende Kürzung bei den Auszahlungsmitteln in der Finanzrechnung.

Im investiven Bereich erfolgte keine pauschale Kürzung von zunächst 1 %, da dies z. B. bei laufenden Baumaßnahmen nicht möglich ist. Es erfolgte in enger Abstimmung mit Dezernat V (Planen und Bauen) und dem Fachbereich Gebäudewirtschaft (65) eine neue Planung auf Grundlage aktualisierter Zeitpläne. Notwendige Zahlungsbudgets wurden in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2028 angepasst.
Und natürlich umfassen beide Budgets aus steuerrechtlicher Sicht auch die Anteile der Umsatzsteuer, die bei der Rechnungsstellung ausgewiesen worden ist (sprich: brutto).

2. Was ist die Grundlage dafür, dass die eingeplante Zinsbelastung so hoch ist?

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Planung im Bereich der Liquiditätskredite liegen sowohl der geplante Bestand der Liquiditätskredite zum 31.12.2024 als auch die Fortschreibung der (konsumtiven) Finanzrechnung zu Grunde. Somit erfolgte die Planung der Zinsbelastungen mit einem Bestand von 800 Mio. € Liquiditätskredite zum 31.12.2024 sowie den jährlichen Fehlbeträgen, siehe hierzu Vorlage Nr. 2025/3234, Band 1, Seite 14, Zeile 17. Diese Planung schlägt sich, inklusive einer „Sicherheitsreserve“, im § 5 der Haushaltssatzung (siehe Seite 8 am angegebenen Ort) in einem Ansatz von 1.200 Mio. € nieder. Dies führt bei einem unterstellten Zinssatz von 3 % zu den etatisierten 36 Mio. € Zinsaufwand.

Die Planung 2026 – 2028 geht von leicht fallenden Zinssätzen aus, wird aber im Rahmen der Haushaltsfortschreibung angepasst.

3. Die Abschreibungen bei den Investitionen sind sehr hoch angesetzt. Die Voraussetzung dafür wäre, dass alle anstehenden Investitionen tatsächlich getätigt werden. Ist das realistisch? Wie hoch schätzt die Verwaltung den Prozentsatz der Investitionen, die tatsächlich umgesetzt werden können?

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Höhe der Aufwendungen für Abnutzung (AfA) orientiert sich streng an den §§ 34 und 36 der KomHVO. Hierin sind sowohl die Vorgaben für die aktivierungsfähigen Kosten als auch die Abschreibungsdauer normiert. In der Schlussbilanz 2023 betrugen die Anlagen im Bau (AiB) im Bereich der Hoch- und Tiefbaumaßnahmen noch knapp 86 Mio. €, im aktuellen Entwurf des JA 2024 betragen die AiB über 124 Mio. €.

Diese unterliegen ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Abschreibung.

Der Fachbereich Finanzen (20) plant die Ansätze unter folgenden Prämissen:

- ✓ Höhe der jährlichen Investitionsvolumina,
- ✓ Höhe der Ermächtigungsübertragungen, siehe z. B. Vorlage Nr. 2024/2843; für die Ermächtigungsübertragung 2024 liegen dem FB 20 Anträge von über 100 Mio. € vor (nur investive Projekte),
- ✓ Bestände auf den Anlagen im Bau.

Die Berücksichtigung der Planansätze für Abschreibungsaufwendungen wird seit Jahren von der Bezirksregierung im Rahmen der jeweiligen Haushaltsanzeigen überprüft.

Darüber hinaus werden der Bezirksregierung für geplante Inbetriebnahmen, von Baumaßnahmen ab 1. Mio. € und Beschaffungen ab 100.000 € in der mittelfristigen Finanzplanung, Folgekostenberechnungen geliefert.

Im Bereich Hochbau, Tiefbau und Grün und Freizeit sind in 2024 rd. 70. Mio. € umgesetzt worden. Da in diesem Bereich des investiven Haushaltes viele Maßnahmen begonnen sind, wird von einem ähnlich hohen Umsetzungsvolumen ausgegangen.

Darüber hinaus ist zu beachten, dass ab dem Jahr 2026 die jährliche Abschreibung der Corona- und Ukrainekosten i. H. v. 4,83 Mio. €/anno zu veranschlagen ist.

4. Wie hoch sind die Kredite Leverkusens aktuell (abgesehen von den Kassenkrediten)?

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Zahlen für den Jahresabschluss (JA) 2024 sind vorläufige Werte, da der Entwurf des JA 2024 derzeit noch erstellt wird. Der Bestand der Investitionskredite im JA 2024 beläuft sich aktuell auf 106,28 Mio. € (JA 2023: 143,9 Mio. €). Dazu kommen Vorgänge aus „wirtschaftlich kreditähnlichen Geschäften“ wie PPP-Projekte i. H. v. 53,5 Mio. € (JA 2023: 56,3 Mio. €).

5. Warum werden der Jahresabschluss und den Wirtschaftsplan der TBL nicht im RIS veröffentlicht?

Stellungnahme der Verwaltung:

Als Anstalt öffentlichen Rechts (eigenständige juristische Person) wird der Jahresabschluss und Wirtschaftsplan der TBL im Verwaltungsrat beschlossen und nicht bei der Stadt Leverkusen (Betriebsausschuss), wie es im Fall des SPL als eigenbetriebsähnli-

che Einrichtung (nicht rechtsfähig) der Fall ist. Der Jahresabschluss der TBL wird anschließend im Amtsblatt der Stadt Leverkusen veröffentlicht. Für den Wirtschaftsplan gibt es keine Vorgabe zur Veröffentlichung.

6. Soziales und KJ sollen laut Haushaltsentwurf in 2025 deutlich weniger Geld bekommen, Planen und Bauen aber mehr. Warum?

Stellungnahme der Verwaltung:

Aufgrund fehlender Seitenangaben wird Bezug genommen auf „Beratungsunterlagen Band I, Seiten 25, 27 und 35 - hier auf die Produktbereiche 05 Soziale Leistungen, 06 Kinder Jugend und Familie, 10 Bauen und Wohnen. Bei allen drei Produkten sind zwischen dem Ergebnis 2023, Ansatz 2024 und 2025 in den Personalaufwendungen wie auch bei den ordentlichen Aufwendungen nur leichte Steigerungen enthalten. Vergleicht man das Ergebnis 2023 mit dem Ansatz 2025, so ergeben sich bei den sozialen Leistungen 9,85 %, bei Kinder, Jugend 16,88 % und bei Bauen und Wohnen 7,9 % Steigerung.

7. Im HSK ist eine steigende Einnahme dargestellt: 3,5 Mio in 2025, 7 Mio in 2026, 10 Mio in 2027, 15 Mio lfd. ab 2028. Gibt es seitens der Verwaltung grobe Vorstellungen, welche Summen von welcher Beteiligung erbracht werden sollen? Die Beteiligungen müssten sich auf die Zahlen einstellen. Daher müsste für 2025 zügig eine Verwaltungsvorlage erstellt werden, ähnliches gilt auch für 2026.

Stellungnahme der Verwaltung:

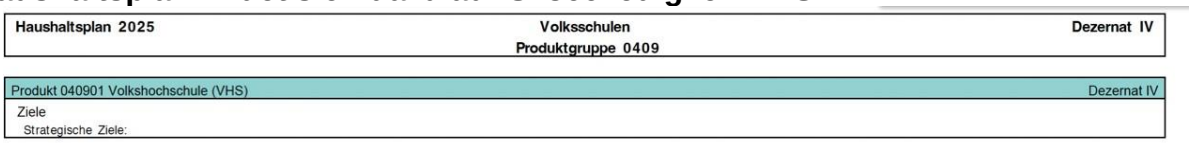
Es wird auf die Begründung dieser HSK-Maßnahme im entsprechenden Maßnahmenblatt verwiesen, dass kurzfristig als Anlage zur Vorlage Nr. 2025/3235 zur Kenntnis gegeben wird.

8. Im Band 4 gibt es zu den Beteiligungen an zwei Stellen Darstellungen: Die Graphik mit Erläuterung auf den Seiten 195/196 und der Text auf den Seiten 121ff.. Zu den beiden Darstellungen gibt es Fragen bzw. Differenzen, die sich nicht auf den ersten Blick erschließen. Im Text auf den Seiten 121ff. ist auffällig, dass sich sehr unterschiedlich zu der Zukunft geäußert wird. So wird für die nächsten Jahre bei der EVL von einer konstanten Einnahme von 5 Mio und bei der AVEA von 1,5 Mio an die Stadtkasse ausgegangen. Bei der WGL gibt es keinerlei Prognose zur Zukunft. Wieso gibt es derartige systematische Unterschiede? Diese systematisch unterschiedliche Behandlung setzt sich in der Graphik fort, darüber hinaus gibt es auch grundsätzliche Differenzen. Während bei der AVEA die zusätzlichen 1,5 Mio für die Folgejahre eingestellt sind, steht bei der EVL eine Null. Diese Null entspricht nicht dem Text auf den Seiten 121ff. Bei der WGL sind leicht abnehmende Beträge, also auch keine Erhöhungen, eingestellt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Ausschüttung der EVL erfolgt nicht direkt an die Stadt. Sie wird dem SPL zugeführt, der sie zur Kostendeckung verbraucht. Entsprechend wird für die Ausschüttung der EVL in der Tabelle 0 € ausgewiesen. In Bezug auf die Inhalte im Textteil wird künftig eine einheitlichere und verständlichere Formulierung angestrebt.

9. Die VHS Leverkusen ist auf ganz vielfältige Weise ein wichtiger Bildungsakteur für alle Menschen in Leverkusen und spielt eine große Rolle in der Sprachbildung, der Demokratiebildung und in anderen Bereichen der Nachhaltigkeit. Im Haushaltsplan findet sich dazu auf S. 366 lediglich DAS:



Haushaltsplan 2025	Volksschulen Produktgruppe 0409	Dezernat IV

Produkt 040901 Volkshochschule (VHS)	Dezernat IV
Ziele Strategische Ziele:	

Stellungnahme der Verwaltung:

Dem Fachbereich Finanzen (20) wurden keine Ziele oder Kennzahlen zur Veröffentlichung in den Produktsichten übermittelt.

10. Wie wird im Haushalt auch künftig sichergestellt, dass die VHS ihre hochwertigen Angebote weiterhin erfüllen kann?

Stellungnahme der Verwaltung:

Soweit die VHS ihren jetzigen Personalbestand und ihre Infrastruktur auch künftig vorhalten kann, wäre die Fortführung ihrer hochwertigen Angebote sichergestellt. Da die hauptamtlich pädagogischen Mitarbeiter*innen der VHS sowie die Bereitstellung von Unterrichtsprogramm als gesetzliches Pflichtangebot gemäß Weiterbildungsgesetz (WbG) durch das Land NRW finanziert werden, ist von Seiten der Stadt sicherzustellen, dass das entsprechende Verwaltungspersonal zur Sachbearbeitung und technischen Umsetzung sowie zur Bewerbung der Programmangebote und die notwendige Infrastruktur bereitgestellt werden. Die zur Beauftragung von Lehrpersonal notwendigen Honorarmittel können von Seiten der VHS durch die Erzielung kompensierender Entgelteinnahmen und Drittmittel selbst generiert werden. Unter den genannten Bedingungen bemüht sich die VHS, die vom Rat festgelegte Mitteleinsparung von 15 % in fünf Jahren einzuhalten, auch unter Zuhilfenahme der Generierung zusätzlicher Erträge (Drittmittel). Allerdings wäre für letztere Hilfsmaßnahme zusätzliches Personal vonnöten, um entsprechende Projektakquise vornehmen zu können.

11. Unsere Jugendhäuser sind wichtige Einrichtungen zur Demokratiebildung und im Kampf gegen Ungleichheiten. Welche Form der Unterstützung erhalten diese außer der IT- Ausstattung (S.146, Nr.35 und 36), die mit jährlich 2x 20.00 Euro für alle Einrichtungen auch möglicherweise nicht ausreichend ist.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Antwort zu dieser Frage wird nachgereicht.

12. Warum fließen jährlich 200.000 Euro in die "Umgestaltung von Bushaltestellen“ (S.146). Was steckt genau dahinter, was ist konkret geplant? Könnte man diesen Betrag nicht besser in Bildungsmaßnahmen investieren?

Stellungnahme der Verwaltung:

Bei der Finanzstelle „barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen“ handelt es sich um zweckgebundene Zuweisungen aufgrund § 13 Abs. 1 Nr. 5 ÖPNVG NRW. Die Förderquote beträgt derzeit 90 %.

13. Ergänzend wurde von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Fraktionssitzung am 19.05.2025 eine Übersicht über die Entwicklung der Liquiditätskredite abgefragt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Entwicklung der Liquiditätskredite ist der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen:

Jahr	Betrag in Mio. €	Quelle	Vorlage
31.12.2019	201.555.155,09 €	testierter Jahresabschluss (JA)	2020/3696
31.12.2020	253.697.500,81 €	testierter JA	2021/0993
31.12.2021	251.188.281,39 €	testierter JA	2022/1638
31.12.2022	322.767.299,05 €	testierter JA	2023/2350
31.12.2023	382.680.884,68 €	testierter JA	2024/3050
31.12.2024	733.642.231,20 €	aktueller Stand Vorstufe Entwurf JA	
31.12.2025	821.219.866,00 €	Stand 19.05.2025	

Dezernate II, III, IV und V

Hinweis des Fachbereichs Oberbürgermeister, Rat und Bezirke:

Zur Frage Nr. 11 wird nachträglich die nachfolgende Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis gegeben:

11. Unsere Jugendhäuser sind wichtige Einrichtungen zur Demokratiebildung und im Kampf gegen Ungleichheiten. Welche Form der Unterstützung erhalten diese außer der IT- Ausstattung (S.146, Nr.35 und 36), die mit jährlich 2x 20.00 Euro für alle Einrichtungen auch möglicherweise nicht ausreichend ist.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die städtischen Jugendhäuser erhalten im Normalfall zusätzlich:
- Handgelder 6.350 € jährlich pro Haus,
- Material jährlich pro Haus 817,50 €,
- Budget Aus- und Fortbildung Jugendhäuser jährlich pro Haus 3.500 €,
- Honorarmittel 8.080 € jährlich pro Haus,
- zudem Budget für Investitionen am Haus 4.000 € jährlich pro Haus.

Aufgrund der aktuellen Haushaltssituation kann derzeit auf die Handgelder nicht zugegriffen werden. Das Budget „Investitionen am Haus“ wurde seit 2024 nicht freigegeben.

Dezernat IV